

GUTHER &amp; Co. -

20.11.69



13

# DIE SCHONZEIT IST ZU ENDE

EINE ZWISCHENBILANZ ÜBER DIE UMTRIEBE DER SCHULTZ-NACHFOLGER,  
DIE BEHARRLICH BEHAUPTEN KEINE SOLCHEN ZU SEIN

1. "Drittelparität" als mobilisierendes, spielraumöffnendes Instrument studentischer Politik ist tot. Sie ist heute zu einer Verteidigungsposition geworden, deren konservativer Charakter das inhaltliche Fortschreiten unserer Politik zu nehmend hemmt. Begünstigt wird dieser Umstand durch den verbreiteten Irrtum, die Studenten hätten die Drittelparität erkämpft. Das ist falsch. Sie haben zwar die formale Gleichverteilung der Sitze in einigen Hochschulgremien durchgesetzt - wobei heute nicht sicher ist, ob diese Gremien jemals auch nur zusammentreten werden -, das jedoch, was inhaltlich mit Drittelparität gemeint ist, und worauf es uns ankommt, nämlich gleichberechtigt Einfluß zu nehmen auf alle Entscheidungen an der Hochschule kann nicht durch - notwendig systemimmanente - Satzungsreformen durchgesetzt werden.

2. Wenn begründete Aussicht bestünde, durch Festhalten an der vorerst formalen Drittelparität unsere inhaltlichen Ziele längerfristig durchzusetzen zu können, müßte es unser wesentliches Ziel sein, die formalen Positionen zu halten. Diese Aussicht besteht nicht: Landesregierung und SPD-Fraktion bereiten mit großem Elan die baldige Verabschiedung eines nahezu unveränderten Universitätsgesetzes (HUG) vor. Damit werden über die Zerschlagung der formalen Positionen (Drittelparität, Öffentlichkeit) und die Einrichtung der Industrie- und Staatssteuerung (Kuratorium) der Hochschule alle Verträge, die am 1.1.1969 zwischen dem Wissenschaftsbetriebes durch Mitarbeit in den Gremien illusorisch. Im Grunde fällt damit die Landesregierung hinter die Forderung ihrer eigenen Strategie zurück. Sie hat bisher die Drittelparität in Darmstadt gefördert, aus richtigen Einsicht, daß damit auf engagierten Studenten ein ungewohnter Integrationsdruck ausgeübt wird, der im "besten" Fall ein Totwund der inhaltlichen, systembedrohenden Aspekte der Rebellion bewirkt. Wir könnten zynisch bemerken, daß wir deshalb der Regierung überlassen sein sollten, da in ihrem jetzigen Verhalten die Absicht, bloße technokratische Hochschulreformen zu machen, unverholten zum Ausdruck kommt.

3. Wir sind jedoch politisch nicht anspruchslos genug, um schon den Nachweis autoritär-technokratischer Ziele beim Gegner und sich daraus ergebende unspezifische Mobilisation der Studenten für ein ausreichendes Ergebnis unserer Arbeit zu halten. Wir wollen das Studium seiner Zwangs- und Anpassungsfunktion berauben, wir wollen die Abhängigkeiten abschaffen, über die die Hochschulen zu Zweigstellen kapitalistischer Ausbeutungs- und Unterdrückungsorganisationen werden, wir wollen die Verknüpfungen des Wissenschaftsbetriebes mit außer-universitären Einrichtungen demokratischer Kontrolle unterstellen. Mit dem HUG, das jetzt wieder droht, sollen solche Bestrebungen verhindert werden. Die Normenkontrollkläger werden daher alles unternehmen, um die Durststrecke bis zum Inkrafttreten des Gesetzes mit der Beibehaltung des "Status quo" durchzustehen.

Dabei haben die Reaktionäre jetzt auch die - vielleicht ungewollte - Unterstützung des Direktoriums gefunden. Wieder einmal erweist sich, daß liberale zwar teilweise gleiche praktische Ziele wie wir verfolgen, daß dahinter jedoch eine andere Strategie steht. Das Direktorium will beweisen, daß Drittelparität der bessere Weg als der Polizeiknüppel ist, um Ruhe und Ordnung an dieser Hochschule zu gewährleisten. Neben-

sächlich dabei ist, welche politische Inhalte zum Gegenstand des geordneten und ruhigen Ablaufs der Auseinandersetzung gemacht werden. Das Direktorium manipuliert deshalb nach Kräften alle Konflikte so, daß sie nicht offen ausgetragen werden können. Es hat im Fall der Informatik-Kommission die Unverschämtheiten und Erpressungspraktiken der Kollegen hingenommen und im Senat unter den Teppich zu kehren versucht, unter Preisgabe aller wesentlichen früheren Begründungen des Senats. Es hat versucht, im lange schwellenden Konflikt um das Akademische Auslandsamt (AAA) und den ISK durch Taktiererei und Vortäuschen von Unwissenheit die Probleme zu verkleinern. Es mauschelt mit Wiesbaden wegen eines neuen numerus clausus und bereitet sich darauf vor, als Agent der Kultusbürokratie uns die Sache schmuckhaft zu machen. (Zu Informatik, AAA und numerus clausus siehe Einzelinformationen auf dieser Seite sowie Dokumentation PGI zum AAA). Es versucht dauernd, uns an der inhaltlichen Verfolgung unserer Ziele zu hindern, die wir jetzt nicht in den Gremien durchsetzen können sondern in Aktionen außerhalb der Gremien vorantreiben müssen.

5. Wir sagen diesem Direktorium den Kampf an. Es hat auf unsere go-ins am letzten Freitag bei Pöeverlein (Lehrstuhl für Angewandte Geophysik) und Fischer (Institut für Angewandte Physik), bei denen wir von engen Verbindungen zur US-Air-Force wissen und wohl nicht zu unrecht Kriegsforschungsvorhaben vermuten, mit Einschaltung der Kriminalpolizei gedroht, weil dabei Akten zur Einsicht mitgenommen wurden. (Wie wir hören sind diese Akten inzwischen wieder zurückgegeben worden). Es hat sich damit klar auf die Seite der Kriegsforscher gestellt, denn auf unsere Forderung nach Abschaffung der Kriegsforschung hat es formal wie viele andere Rektoren und Polizeipräsidenten mit der Einschaltung der Staatsgewalt geantwortet, um die wirksame Behinderung der Kriegsforscher zu unterbinden.

Wenn wir jedoch den "Ordnungsgemäßen" Weg einschlagen, dann werden wir hingehalten und belogen. (wie es sich in Sachen Kriegsforschung gezeigt hat, als wir offizielle Informationen von der Hochschulverwaltung erbeten haben. Ausführlichere Informationen zu diesem Thema werden sicher in aller nächster Zeit folgen.) Dieses Direktorium arbeitet objektiv gegen die Studenten, indem es mit dem Argument, in Darmstadt müßten Fakten geschaffen werden, an denen das HUG nicht vorbeigehen könne, gerade die Schaffung solcher Fakten verhindert - Fakten, die nicht nur dünne Tüchle an alten Wänden sind, sondern neue Fundamente setzen. Mit der wertlosen Münze "formale Funktionsfähigkeit der Gremien" glaubt dieses Direktorium, uns die wesentlichen Inhalte unserer Politik abkaufen zu können.

6. Auf dieser Linie wird das Direktorium Guther - Teschner - Beck scheitern. Wir legen keinen Wert auf Gremien, für deren erstes Zusammentreffen die Profs eine erneute Allmachtsbestätigung fordern. Wir werden den Rahmen gepflegter aber folgenloser akademischer Erörterungen verlassen und unsere Forderungen außerhalb der Institution mit geeigneten Mitteln vortragen - so, wie wir es im letzten Wintersemester getan haben und wie es sich jetzt in ersten Ansätzen bereits wieder als notwendig und erfolgreich zeigt.

7. Wir werden den "Fall Rohmert" (siehe ASTA-Flugblatt vom Freitag, dem 14. Nov. 69) zum Anlaß nehmen, evtl. auftretende neue Beschäftigungstaktiken des Direktoriums in aller Schärfe anzugreifen und schei-

tern zu lassen. Rohmert, dritter Mann im gescheiterten Direktorium Schultz und Brader versucht, die Honnef-Empfänger auszuhungern, indem er auf einem absurden Leistungsprinzip bei der Honnefvergabe, das einige Fakultäten bereits abgeschafft haben, besteht. Rohmert muß weg! Das Direktorium wird sich keinen Dienst erweisen und uns schon gar nicht, wenn es die widerliche Schutz-Clique schont.

Ruhe wird es an dieser Hochschule nicht geben, die Ordnung folgenlos funktionierender Gremien oder die der Normenkontrollkläger schon gar nicht!

## TERMINE:

Do. 20.11. 21.00 Uhr - Informatik  
Piloty-Institut  
Mo. 24.11. 15.00 Uhr - Senats-  
teach-in; 11/100  
Mo. 24.11. 17.00 Uhr - Senat  
Hauptgeb. S. 100  
Di. 25.11. 20.00 Uhr - teach-in  
Auftragsforschung

WAHLEN ZUM STUDENTENPARLAMENT

25.11. - 27.11.1969  
Hauptgebäude, Mensa, Nachtwache



MITTWOCH, 26.11.  
GROBER SENAT

## INSTRE FINTEN Wo Schultz ein Waisenknabe war

INFORMATIK-KOMMISSION - OBLER ABKLATSCH DES "GODESBERG-AUSSCHUSSES"

Die Informatik begann prächtig: Als der Senat den drittelparitätlichen Gründungsausschuß Informatik (GAI) einsetzte, stellten die Hochschullehrer auf Prof. Laugwitz (damals noch Mitglied der Kommission) ihre Mitarbeit ein. Doch anstatt jetzt ohne den Ballast Piloty, Wedekind und Gaede (Nachfolger von Laugwitz) die Einrichtung der neuen Fakultät auf der Grundlage des Informatik-Memorandums voranzutreiben, sorgten die Assistenten im Ausschuß für endlose Debatten, wie Piloty und Wedekind wieder zur Mitarbeit zu bewegen seien. Die Assistenten ließen keinen Zweifel daran, daß sie nicht bereit sind, unter Umständen auch ohne ihre Chefs - also mit den Studenten und den nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern - die Einrichtung einer Fakultät Informatik durchzusetzen; wieder einmal lieferten sie einen Beweis ihrer Abhängigkeit und reduzierten die Drittelparität auf das, was sie zur Zeit nur sein kann: Die formale Gleichberechtigung von Gruppen, die tatsächlich ungleich Macht ausüben können.

Die Pressionen der Ordinarien hatten Erfolg:

- Die Assistenten (und ein studentisches Mitglied!) stimmten unter Laugwitz' Hilfe einer hanebüchernen Geschäftsordnung zu, die allein den Profs ein absolutes Vetorecht im Ausschuß garantiert.

- Die Studenten ließen daraufhin den Aus-

schuß nicht platzen, weil sonst Piloty und Wedekind, die sich wegen der Vetoregelung wieder zur Mitarbeit bereit erklärt hatten, die Kontrolle der Informatik gemanaget hätten. In diesem Sinne erklärte das Direktorium, sich vorzubehalten, an Stelle des durch die Professoren gelähmten Ausschusses eben diese Professoren mit der Einrichtung einer Fakultät Informatik zu beauftragen.

Ihr Veto haben die Profs sofort in einer zentralen Angelegenheit benutzt: Als es um die Zusammensetzung der Berufungskommission Informatik ging, wurde der Antrag der Studenten (Besetzung 2:2:2) mit knapper Mehrheit abgelehnt. Noch einmal ließen sich die studentischen Mitglieder auf einen Kompromiß ein: Der Ausschuß stimmte mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der drei Hochschullehrer einer Besetzung 3:2:2 für die Berufungskommission zu. Das Professorenveto fegte diesen Beschluß ein für alle mal vom Tisch - mit Hilfe der absurden Geschäftsordnung erklärte sich die überstimmte Minorität zur Mehrheit.

Fortsetzung Rückseite.

Allgemeiner Studentenausschuß  
der Techn. Hochschule Darmstadt  
Informationsreferat

Fortsetzung "Informatik"

Die Ordinarien besaßen weiterhin die Un-
verschämtheit, dem Assistentenrat schrift-
lich zu empfehlen, zwei seiner Delegier-
ten (Bötcher und Kobra, hatten sie sich
doch einige Male Unabhängigkeit geleistet!)
auszuwechseln; die Professoren seien al-
lerdings auch schon zufrieden, wenn sich
die genannten Assistenten bei den Sitzun-
gen des Informatik-Ausschusses vertreten
ließen.

Zusätzliche Tricks wurden von den Ord-
narien bemüht:
Im Stundenplan der TH tauchte neben den
üblichen Vorlesungen ein "Kolloquium
zur Informatik" auf; Veranstalter: Piloty,
Gaede und Wedekind. Mußte man auf
den ersten Blick glauben, es handele
sich hierbei um eine normale Lehrveran-
staltung, so entpuppte sich dieses Kollo-
quium sehr schnell als Berufungsvor-
bereitung für die Fakultät Informatik -
die Herren Gaede, Piloty und Wedekind
hatten, ohne den zuständigen Informatik-
Ausschuß zu befragen geschweige denn zu
unterrichteten auf eigene Faust die ihnen
genehmen Kandidaten für die zu besetzen-
den Informatik Lehrstühle zum "Vor-
singen" eingeladen. Personelle Vorschlä-
ge der Studenten- und Assistentenschaft
wurden mit dieser finstren Finte abge-
bogen.

Die Studenten hatten die Politik der
tausend Erpressungen und Nebenabspra-
chen schließlich satt, sie brachten die
Geschäftsordnungs- und Berufungsmisere
in den Senat. Und dort wurde die Ange-
legenheit vertagt, nach einer Diskus-
sion, die keinen Zweifel daran ließ,
daß der Senat in dieser Kommission die
Prinzipien seiner wiederholt formulier-
ten Politik durchzusetzen gewillt war:

- Die Grundsätze des Informatik-Memorandums (u.a. Drittelparität), Senatsbeschuß vom 16.6.1969.
- Die Stellungnahme des Senats und des großen Senats vom 12. bzw. vom 14.5.1969 zum Entwurf des Hessischen Universitätsgesetzes (HUG):
"... Die Autonomie (der Hochschule) kann nicht Privileg einer Gruppe sein, sondern setzt die herrschaftsfreie Kommunikation aller am Arbeitsprozeß der Hochschule Beteiligten voraus ..."

Beschluß des großen Senats vom 9.7.1969, wonach die Fakultäten drittelparitätisch besetzt werden sollen.

Doch Prorektor Teschner und KuSt-Dekan Eyferth beeilten sich, den aufgebrochenen Konflikt zu verkleistern, obwohl hier nichts mehr zu verkleistern war:

Gaede, Piloty und Wedekind erklärten auf dieser Senatssitzung, eine weitere Zusammenarbeit im Informatik-Ausschuß sei nur auf der Basis des "Darmstädter Manifestes" möglich (Darmstädter Manifest: Erklärung der Hochschullehrer im großen Senat am 11.8.1969, wonach keine Regelung geduldet werden kann, die es ermöglicht, daß Hochschullehrer überstimmt werden)

Der Senat gab derart befehlt dem Aus-
schuß gegen die Stimmen der Studenten
Möglichkeit, innerhalb von 14 Tagen
eine innere Struktur neu zu überdenken,
in der Hoffnung, daß in dieser Zeit
Professoren ihre Assistenten auf Vor-
sicht bringen und dem Senat die Lösung
Konfliktes abnehmen würden, weil der
Schuß geeignet worden war.

Jetzt ging die Mausehelei erst richtig los.

Großzügiges Angebot der Professoren:
Fünf Profs und zwei bis drei Assistenten
in der Berufungskommission, die nicht
öffentlich tagt und sich selbst (!) eine
Geschäftsordnung gibt, zwei Studenten
dürfen sich von Zeit zu Zeit anhören
lassen - "...Die Unterzeichneten betrach-
ten die Einhaltung dieser Mindestbedingun-
gen als eine notwendige Voraussetzung
für ihre weitere Mitarbeit im GAI"
(Brief von Gaede, Piloty und Wedekind vom
8.11.1969 an den Rektor)

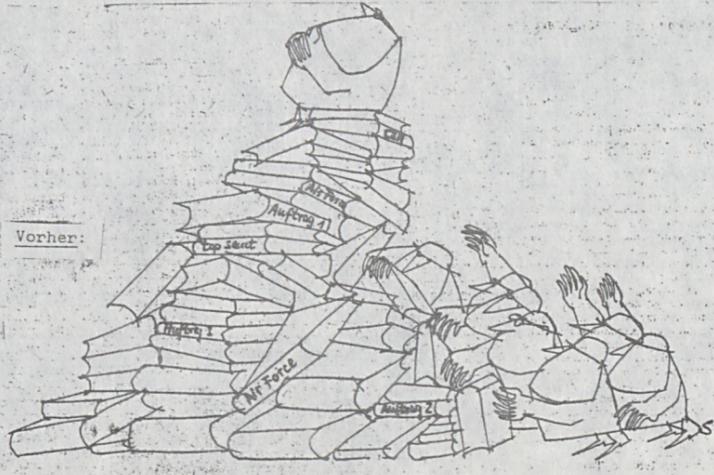
Der Assistentenvorschlag liegt seit neu-
stem etwa auf der gleichen Linie. Das Pro-
fessorenveto scheint ihnen unterdessen
von zuständiger Seite erklärt worden zu
sein - willig haben sie's geschluckt.

Rektor Guther fand denn auch die Stand-
punkte so unvereinbar nicht, als er die
letzte Informatik-Sitzung besichtigte.
Zu dumm war er sicher nicht, das Gegen-
teil zu erkennen!

VDS-
Ende einer Aera

Im März 1969 auf der 21.a.o.MV des VDS
in Göttingen war das Resultat der Dis-
kussion über eine neue Verbandsstruk-
tur des VDS die Überzeugung der Notwen-
digkeit den VDS zu einem Instrument des
sozialistischen Kampfes mit deutlich
definierten Funktionen zu machen. Dies
bedeutete eine Orientierung des Verban-
des an der linken Studentenbewegung
und deren Bedürfnissen.
Doch dieses Instrument hatte von vorn-
herein keine relevante Aussicht auf
praktisch-politische Konsequenzen, weil

dinierten staatlichen Repression - be-
deutet, daß der VDS seine Mittel zum
Schutz der durch Ordnungsrecht und ver-
schärfter Kriminalisierung bedrohten
Studenten und zur materiellen Unter-
stützung der notwendigen, zentral zu
führenden strategischen Diskussion, also
z.B. zur Unterstützung schon bestehender
lokaler, aber überregional intendierter
Blätter bewußt hätte einsetzen müssen.
Diese Konzeption der Instrumentalisierung
des VDS hätte auch einen eindeutig poli-
tischen Angriff durch die Bundesregie-
rung zur Folge gehabt und damit die
Möglichkeit zumindest offengelassen, eine
den Studenten einschichtige Abwehrstrate-
gie dagegen zu entwickeln.
Die Papiere gingen jedoch von dem Irr-
tum aus, die studentische Linke sei or-
ganisatorisch in der Lage, den Apparat
VDS in diesem Sinne auszunutzen und zu
handhaben. Daß sie das nicht war, und
sich stattdessen auf eine ellen-
lange Strukturdebatte einließ, die aus
der ehemaligen Lobby plötzlich einen
"sozialistischen Kampfverband" machte,
der von Anfang an, Surrogatcharakter
hatte, den VDS also verbal aufwertete
zu etwas, was er nicht sein konnte, daß
durch die so verlaufene Strukturdebatte
im Gegenteil politische Beschlüsse sich
ausschlossen, (sie schienen unnötig und
"bürokratisch") bewirkte, daß der VDS für
die Studentenbewegung trotz SDS-Vorstand
gänzlich bedeutungslos blieb.
Zu guter letzt sollte einer solcher Art
falsch konzipierten Politik dann durch
die Parole von einer "offensiven Liqui-
dierung" doch noch der Schein des Erfol-
ges verliehen werden, der deshalb nicht
habe größer sein können, weil es mit In-
stitutionen so seine bürokratische Be-
wandnis habe ...
Weder die Studentenbewegung noch der
Vorstand wußten mit dem VDS etwas anzu-
fangen. So konnte die Bundesregierung
die bis dahin reichlich geflossenen Be-
stechungszuschüsse sperren, einen Teil
solcher an frühere, regierungstreue
Vorstände bezahlten Gelder vom neuen
Vorstand zurückfordern und versuchen,
auf Länderebene die Beitragszahlungen
durch die ASTen von den Rektoren un-
terbinden zu lassen, ohne daß der VDS-
Vorstand gegenüber diesen dreckigen
Praktiken entlarvend statt hilflos
sich verhalten hätte.



Auftragsforschung-Kontroll-Kollektiv mit Air-Force-Fischer diskutierend

Wir werden im Senat am kommenden Montag
nicht zulassen, daß die Chefkleisterer
Guther&Co. sowie ihr Adlatas Eyferth
weiter auf diese Art Konflikte "lösen"!

In einem teach-in am Montag um 15.00 Uhr
vor dem Senatssaal (Hauptgebäude Saal
100, genau über dem Haupteingang) werden
wir unsere Position noch einmal darstel-
len und konsequente Maßnahmen zur Durc-
setzung unserer Vorstellungen diskutie-
ren. Kommt massenhaft zum teach-in und
zur Senatssitzung, auf der neben Informatik
auch noch die numerus-clausus-Proble-
matik, das Akademische Auslandsamt und
die Honefvergabe (sog. Rohmert-Salto)
behandelt werden.

Übrigens:
Heute, Donnerstag, 21.00 Uhr in der Bibli-
othek des Piloty-Institutes (Kantplatz
neben Buchhandlung Wellnitz, Haus mit
geschmacklos-bunter Glasmosaikverzierung)
wollen Piloty, Gaede und Wedekind erneut
in ihre große Trickkiste greifen -
HAUT IHNEN FESTE AUF DIE FINGER!

zum damaligen wie auch zum heutigen
Zeitpunkt zentrale politische Arbeit
auf Grund der Dynamik der Studentenbe-
wegung nicht möglich war und ist.
Die Studentenbewegung in Darmstadt wie
auch im übrigen Bundesgebiet ist nicht
in der Lage o r g a n i s i e r t zu
agieren und aufzuklären, auch hat sie
es nur ansatzweise fertiggebracht, lo-
kale Organisationen mit klar definierter
Entscheidungsmodi, die gewisse Verbind-
lichkeiten garantieren, zu schaffen.
Einer solchen organisatorischen und po-
litischen Realität kann ganz sicher auf
nationaler Ebene keine zentrale Instanz
entsprechen, die Entscheidungsgremium
wäre. Angebar waren jedoch Elemente
unserer Politik, die zentraler Organisa-
tion bedürfen. Diese vornehmlich mate-
riell zu unterstützen, hätte Aufgabe
eines sinnvoll instrumentalisierten VDS
sein müssen, der durch entsprechende
inhaltliche politische Beschlüsse und
durch personelle Absicherung ihrer Durc-
setzung darauf hätte festgelegt werden
müssen.

Das Maßgabe des Standes der Stu-
dentenbewegung sowohl als auch der koor-

Das Parlament der Studentenschaft
Darmstadt zog am 18.11.1969 auf An-
trag des ASTa die Konsequenz und be-
schloß:
1) Die Studentenschaft der TH Darm-
stadt tritt ab sofort aus dem Ver-
band Deutscher Studentenschaften
aus.
2) Das Studentenparlament billigt das
Verhalten des ASTa-Vorstandes, der
die Beitragszahlung an den VDS vom
Sommersemester an wegen der unklar-
ren politischen und finanziellen Situa-
tion des Verbandes einstellte und
sicht auch keinen Grund dafür, in Zu-
kunft diese Zahlung zu leisten.

In der Senatssitzung am 27.10.69 stand der
Numerus Clausus wieder einmal zur Debatte.
Anlaß: Ein Erlaßentwurf des Hessischen Kul-
tusministeriums vom 16.9., der schwachsin-
nige Ausführungsbestimmungen für den Numerus Clausus
- Auswahlkriterien: Notendurchschnitt im
Abitur und Wartezeit auf Studienplatz - für
die Hochschulen und Fakultäten vorschreiben
soll, die eine Zulassungsbeschränkung einge-
führt haben. Das Direktorium war eingeladen
worden, seine Stellungnahme dazu am 17.11. in
Wiesbaden abzugeben.

-Obwohl der Senat die Numerus Clausus-Debatte
schon oft und immer mit dem gleichen Ergebnis
(völlige Ablehnung) geführt hatte,
-obwohl der Senat schon vor einem halben Jahr
(19.5.69) beschlossen hatte, daß seine Geduld
bald am Ende sei, und er mit schärferen Maß-
nahmen auf die Hochschul- und Finanzpolitik
des Landes Hessen reagieren werde (Punkt 4 im
Aufnahmestopbeschuß, es wurde dabei über ein
allgemeines Hochschulstreik diskutiert),

-obwohl sich eine Besserung der finanziellen
und organisatorischen Lage der Hochschulen
durch verstärkte Anstrengungen des Landes
Hessen noch nicht einmal in der Ferne ab-
zeichnet, sondern im Gegenteil das technokrati-
sche HUG zusammen mit Numerus Clausus-Bes-
timmungen in Wiesbaden erneut aufgewärmt
wird,

glaubte das Direktorium dem Senat eine - frei-
lich drittelparitätische - Kommission unter-
bein zu können, die Direktiven für dieses Ge-
spräch festlegen sollte, und zwar zunächst für
"wie für eine Übergangszeit, in der die
Maßnahmen zum Ausbau der Hochschulen (welche
Maßnahmen?) noch nicht den gewünschten Erfolg

NUMERUS CLAUSUS

haben, die notwendigen Aufnahmebeschränkungen
möglichst gut geregelt werden können...". Die
Hochschule sollte sich also zum Handlanger
der Numerus Clausus - Strategen im Kultusmi-
nisterium machen "um ihren Einfluß auf die
Entwicklung (der Numerus Clausus-Modalität-
ten) zu wahren" (Guther).

Erst durch massiven Protest einiger (hauptsäch-
lich studentischer) Senatsmitglieder konnte
das Direktorium daran erinnert werden, daß es
allein Sache der Hochschule sein könne, Maß-
nahmen zur Verhinderung des Numerus Clausus
vorzuschlagen bzw. zu fordern, nicht aber zu
seiner Durchführung.
Die perfide Vernebelungskommission des Direk-
toriums wurde daraufhin fallengelassen, und
die Rektoren wurden aufgefordert, die unver-
änderte Position des Senats zum Numerus Clau-
sus zu vertreten. Praktisch kann das nur be-
deuten, daß die Hochschule für das kommende
Wintersemester alle Studienanfänger in allen
Fachrichtungen aufnimmt, denn die Aufnahme-
stoppolitik des Sommersemesters hat in ihrer
Pervertierung durch zahlreiche auf Drängen
des Kultusministeriums und des Direktoriums
beschlossene Ausnahmeregelungen ihre Folgen-
losigkeit für die Verbesserung der Studien-
situation bewiesen. Das drohende "Chaos"
unter dem Ansturm der Abiturientenmassen wird
vielleicht mehr bewirken!

Wir werden es auf jeden Fall nicht ohne wei-
teres hinnehmen, wenn Guther-Teschner -Beck
auch in dieser Sache den Weg des geringsten
Widerstandes beschreiten, Senatsbeschlüsse als
Makulatur betrachten und in Wiesbaden als "Ba-
halfstechnokraten" eine "stromlinienförmige"

Numerus Clausus-Regelung ausmatscheln, die
dann notwendig in der Hochschule ihre Entspre-
chung fände in verschärften Prüfungen, in
Zwangsmatrikulation und Kurstudium, wie es
das HUG schon bald vorsehen könnte.

AUFNAHMESTOP-BESCHLUSS des Senats vom 19.5.69

- 1. Die THD wird zum SS 69/70 und SS 70 keine
Studienanfänger aufnehmen, da die Kapazi-
tätsgrenzen in einem Besorgnis erregenden
Maße überschritten sind und daher ein ver-
antwortbarer Lehr- und Forschungsbetrieb
nicht mehr gewährleistet ist.
2. Zugleich sollen die Bemühungen um eine Stud-
dien- und Prüfungsreform intensiviert werden.
Die einzelnen Fakultäten werden aufgefordert,
bis zum 30. Juni 1969 konkrete Vorschläge zu
entwickeln, wie im Rahmen ihres Lehr- und
Forschungsbetriebes solche Vorschläge zur
Studien- und Prüfungsreform erarbeitet wer-
den können.
3. Das Direktorium wird beauftragt, mit allem
Nachdruck Beschlüsse für einen langfristigen
Plan zur stufenweisen Kapazitätserweite-
rung der THD herbeizuführen und bei der
hessischen Landesregierung mit Nachdruck zu
vertreten.
4. Der Senat fühlt sich verpflichtet, schon
jetzt während darauf hinzuweisen, daß bei
unzureichender Unterstützung zur Ausweitung
der Kapazität sich Konsequenzen ergeben wür-
den, die über den jetzt notwendigen Aufnah-
mestop hinausgehen.



Nachher: Air-Force-Fischer,
von der Berichter-
stattung aus dem
Pentagon zurückge-
kehrt.